

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

19.6.1868 (No. 143)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 19. Juni.

N. 143.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Telegramme.

† **Wien, 17. Juni.** In der heutigen Unterhaus-Sitzung wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der direkten Steuern, nach dem Antrag der Regierung angenommen, jedoch mit dem Zusatzartikel, daß das Abänderungsgesetz über die Branntweinbesteuerung schon am 1. August 1868 in Wirksamkeit trete. Ferner wurden die Gesetzentwürfe über Abänderung der Kreditirung der Steuer für Branntwein, Bier und Zucker, sowie über die Ausgabe neuer Schuldtitel an Stelle der zur Rückzahlung gelangenden Schuldtitel der bisherigen Staatsschuld angenommen.

† **Belgrad, 17. Juni.** Das offizielle Organ meldet: Alle Garantien machte überlassen Serbien volle Freiheit bei der Befreiung des Serbenthrons. Der österreichische General-Konul eröffnete der serbischen Regierung, Desterreich sei der Ansicht, Serbien solle bei der Befreiung des Thrones vollkommen frei sein. Es finden noch fortwährend Verhaftungen statt.

† **Belgrad, 17. Juni.** Die Anzeigen von Unzufriedenheit mit den Trägern der Regierungsgewalt treten immer mehr zu Tage. Die Agitationen und Wählerereien gewinnen an Boden. In Semlin fanden auf Ansuchen der serbischen Regierung Hausdurchsuchungen statt.

† **Florenz, 17. Juni.** Man versichert, daß das hiesige Kabinett gelegentlich der Ernennung des neuen Gouverneurs des Libanon von der Türkei dieselbe Notifizierung empfangt, wie die anderen Großmächte.

† **Florenz, 17. Juni.** Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung dem Antrag auf einen Steuerzuschlag von 10 Proz. für die direkten Steuern ihre Zustimmung erteilt.

† **Florenz, 17. Juni.** Das Ministerium wird in dieser Woche der Kammer die Konvention wegen Verpachtung der Tabakregie vorlegen. Man spricht von einem Zirkular in Betreff der Räumung Roms.

† **Paris, 17. Juni.** Der Bericht der Budgetkommission enthält friedliche Versicherungen; er sagt u. A., daß den Rüstungen keine kriegerischen Hintergedanken zu Grunde lägen. Frankreich bedrohe Niemand, fürchte aber auch Niemand. Frankreich wolle den Frieden. Seine Regierung wolle denselben entscheiden; Alles lasse hoffen, daß er nicht gestört werde.

Deutschland.

† **Stuttgart, 17. Juni.** Dem „Württ. Stdtanz.“ zufolge hat Se. Maj. der König auf eine Einladung des Ausschusses des Luther-Denkmal-Vereins in Worms die Zusage erteilt, bei der Einweihungsfeier dieses Denkmals zu erscheinen. Der König wird, da die Feier auf den 25. d. M., den Todestag des vorwigen Königs Wilhelm fällt, nur dem Fest-Gottesdienst und der darauf folgenden feierlichen Enthüllung des Denkmals antwohnen.

Dasselbe Blatt bekämpft in einer offiziellen Auslassung das Wahlprogramm des hiesigen „Beobachters“, indem es hervorhebt, daß diese Steuern auf eine süddeutsche Republik hin.

† **Darmstadt, 16. Juni.** (Krff. Z.) Die Zweite Kammer der Stände nahm heute nach längerer Unterbrechung

ihre Sitzungen wieder auf. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Vorlage des Finanzministeriums, die temporäre Aufhebung des Salzzehntens bei der Saline Wimpfen bett.

Die Saline Wimpfen hatte sich bereits schon im Mai v. J. an die Stände gewandt und die gänzliche Aufhebung des Salzzehntens erstrebt. Die Zweite Kammer ermächtigte jedoch das Finanzministerium nur zu einem bedingungsweisen Erlass der Hälfte der Abgabe für die ersten vier Jahre unter der Voraussetzung, daß die Regierung nach Ablauf dieser Zeit den Ständen weitere motivirte Vorlagen bezüglich dieses Gegenstandes machen werde. Die Erste Kammer erteilte dagegen der von der Regierung verlangten temporären Aufhebung des Salzzehntens bedingungslos ihre Zustimmung. Unterdessen hat nun die Saline Wimpfen bei dem Zollparlament dieselbe Beschwerde, wie früher bei den hiesigen Ständen, eingereicht und ist diese für begründet erkannt und dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen worden. Der Ausschuss der Zweiten Kammer befreit jedoch dem Zollparlament jede Befugnis zur Entscheidung der vorliegenden Frage und beantragt, die Kammer wolle auf ihrem früheren Beschluß beharren. Von der Regierungsbank wird empfohlen, auf den Beschluß des Zollparlamentes Rücksicht zu nehmen, obgleich sich der Bundesrat noch nicht in dieser Sache ausgesprochen habe. Sollte dieser Ausschuss mit dem Parlamentsbeschluß übereinstimmend ausfallen und in Folge dessen eine Aufhebung an die hiesige Regierung gelangen, die Erhebung des Salzzehntens fallen zu lassen, so könne sich dieselbe nicht veranlaßt finden, gegen die gemeinsame Entscheidung des Parlaments und des Bundesrats wegen der Kompetenzfrage sich aufzuwerfen. Die Kammer möge deshalb, da außerdem auch volkswirtschaftliche Rücksichten für Aufhebung des Zehntens sprächen, in dieselbe willigen. Hallwachs beantragt, die Entscheidung des Bundesrats abzuwarten, indem man sich doch diesem, sowie den Ansichten des Parlaments unterwerfen müsse. Dumont erklärt sich hiermit nicht einverstanden und glaubt, die Kammer solle sich die rechtliche Prüfung der Sache mit Rücksicht auf die Berliner Beschlüsse vorbehalten. Die Kompetenzfrage hält Reuber für eine Rechtsfrage, da es sich um einen Vermögensverlust des Staates handle und die Entscheidung hierüber den Gerichten, nicht aber einer gesetzgebenden Versammlung, wie dem Zollparlament, zustehe. Fink unterstützt aus wirtschaftlichen Gründen die Aufhebung des Salzzehntens und spricht sich schließlich für Aufhebung aller aus dem Vergesagte entstehenden Abgaben aus. Wie warnt davor, sich in einen Kampf mit dem Zollparlament in dieser Sache einzulassen, da die Kammer doch jedenfalls den Kürzeren ziehen werde. Er halte außerdem das Zollparlament für durchaus kompetent, da durch das Bundesgesetz klar bestimmt sei, daß die Besteuerung des Salzes nicht zu den inneren, sondern zu den allgemeinen deutschen Steuern gehöre und habe sich das Zollparlament auch einstimmig in diesem Sinne ausgesprochen, ohne daß von Seiten der Bundeskommission ein Widerspruch erhoben worden sei. Es sei deshalb auch ein gleichlautender Wunsch des Bundesrats zu erwarten. Hoffmann II. spricht sich in gleichem Sinne aus, während Kraft in längerer ermunternder Rede die Ansicht des Ausschusses zu verteidigen sucht. Ebinger erklärt sich für den Antrag der Regierung auf sofortiges Falllassen des Zehntens. Völsch greift den Ausschussantrag an und hält ihn den klaren Bestimmungen des Zollvertrages gegenüber für ungerechtfertigt. Verburg glaubt, daß, wie viele andere, auch dieser Versuch, die Kompetenz des Zollparlamentes heranzu ziehen, zu nichts führen werde, während Goldmann der Ansicht ist, daß die Entscheidung der Gerichte über die Kompetenzfrage abgewartet werden müsse. Bei der Abstimmung wird der Antrag von Hallwachs gegen 16 Stimmen, der des Ausschusses gegen 15 Stimmen abgelehnt und somit der Regierungsantrag auf Aufhebung des Zehntens angenommen.

† **Mainz, 16. Juni.** (Krff. Journ.) Der König von Preußen wird auf der Reise zur Lutherfeier am 25. früh über Wiesbaden hier ankommen und in Begleitung des Großherzogs von Hessen-Darmstadt sich nach Worms begeben. — Die Strafkompagnie des 11. Armeekorps ist gestern von Koblenz hier eingetroffen und in den neu hergerichteten Kasematten der Zitabelle untergebracht worden. Es befinden sich unter denselben einige Nassauer und Kurhessen.

† **Bremen, 14. Juni.** (H. N.) Die Bürgerschaft hat beschlossen, wie gewöhnlich ein Prozent Einkommensteuer zu erheben. Man behält sich dabei freilich vor, ein halbes Prozent nachzufordern, falls sich im Herbst das Bedürfnis herausstellen sollte.

† **Berlin, 17. Juni.** (Köln. Btg.) Graf Bismarck, der gestern Abend abgereist ist, begibt sich zuerst nach Rheinfeld und erst in wenigen Tagen nach Varzin. Das diplomatische Korps wurde durch ein Rundschreiben vom 15. Juni benachrichtigt, daß Graf Bismarck als Minister des Auswärtigen während seiner zeitweiligen Abwesenheit durch Hrn. v. Thile vertreten wird.

† **Berlin, 17. Juni.** Ergänzendes zu den Reichstags-Sitzungen vom 15. und 16. Juni. Aus der vorgestrigen Debatte über das Gesetz, die Marineanleihe betr., lassen wir die bereits auszugswweise mitgetheilte Rede des Generals v. Moltke vollständig folgen.

General v. Moltke: Welcher verständige Mensch würde nicht wünschen, daß die enormen Ausgaben, welche in ganz Europa für Militärzwecke gemacht werden, für Friedenszwecke verwendet werden könnten? Aber auf dem Wege der internationalen Verhandlung wird das nimmermehr zu Stande kommen. Der Krieg ist ja nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Ich sehe für den Zweck nur eine Möglichkeit und das ist, daß im Herzen von Europa sich eine Macht bildet, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann. Eben behauptete ich, daß, wenn dieses legendäre Werk jemals zu Stande kommen soll, es von Deutschland ausgehen wird, aber erst dann, wenn Deutschland stark genug ist, d. h. wenn es geeignet sein wird. Auch im Militär, meine Herren, verfolgen wir die Fortschritte der Wissenschaft und Erfindungen, die anderwärts gemacht werden; aber die Erfindung ist noch lange nicht das, was aus ihr geschaffen werden soll; es kommt darauf an, sie fertig hinzustellen. Unser vortreffliches Zündnadelgewehr ist vor langen Jahren erfunden; wir haben aber mehr als 20 Jahre gebraucht, um daraus eine wirklich kriegsbrauchbare Waffe in einer Million von Exemplaren herzustellen. Es würde also lange nicht genügen, zu beobachten, was anderwärts geschieht, sondern wir müssen selbst darin vorgehen. Es ist gesagt worden, daß die humane russische Regierung die Hochgeschosse abgeschafft wissen will. Es handelt sich dabei wohl eigentlich nur darum, daß man in Rußland explodirende Gewehrpatronen nicht einzuführen wünscht; daß die russische Regierung Granaten und Schrapnells abschaffen wird, so lange die anderen Nationen sie führen, daran zweifle ich sehr. (Heiterkeit.) Es ist uns gesagt worden, daß die Geschütze schließlich alle Panzer durchbrechen; ich fürchte aber, daß wir vielleicht zwei Kriege zu führen haben, ehe diese Frage entschieden ist, in denen wir sowohl Panzerschiffe als Befestigungen brauchen. Meine Herren! Unsere Nachbarn wissen Alle recht gut — auch Die, welche so thun, als ob sie es nicht wüßten —, daß wir sie nicht angreifen wollen; aber sie sollen auch wissen, daß wir uns nicht angreifen lassen wollen. (Bravo!) Dazu brauchen wir Armee und Flotte, und ich vertraue dem Patrio-

Der Schiffbruch des Fessing.

Ueber das Unglück, von dem das Bremer Schiff „Fessing“, Kapit. Werdes, am 23. v. M. betroffen wurde, liegen jetzt Berichte vor, aus denen sich die Einzelheiten des traurigen Vorfalles, wie folgt, ergeben: Zwischen den Orkaden und der Schetlands-Inseln liegt das kleine Eiland Faira oder Fara, das von etwa 250 Menschen bewohnt wird, welche sich von Vogelfang, Fischerei und Viehzucht ernähren; die Insel umgürtet ein Kranz von steilen Felsen, und weit ins Meer hinein erstrecken sich die Kliffe. Am Morgen des 23. Mai glaubte der Kapitän des „Fessing“, der widriger Winde wegen die Umfahrt um Großbritannien dem Wege durch den Kanal hatte vorziehen müssen, an der Insel bereits vorbei zu sein. Ein starker Nebel lag auf dem Wasser. Plötzlich genahrte man Land; das Wenden mißglückte; das schöne, starke Schiff lief auf den Steep-Craig, eine Stelle, wo die Felsen am steilsten sind, und sah bald in einer kleinen Bucht zwischen Kliffen fest, die hoch über die Masten hinwegragten. Bis zum letzten Momente in dem die äußersten Anstrengungen sich als erfolglos erwiesen, hatte an Bord Niemand eine Ahnung des Unglücks; ein jäher Stoß zerbrach die Mitte des Schiffs und weckte zugleich die armen Auswanderer, die größtentheils noch in ihren Kojen ruhten, aus ihrem Schlafe. An Bord befanden sich 20 Mann Besatzung und an Reisenden 355 Erwachsene, 69 Kinder und 27 Säuglinge. Mit großer Gewalt stürzten sofort die Wogen in die Räume des Schiffes; in jäher Flucht mußten Alle das Zwischendeck verlassen, um nicht zu ertrinken. Der Kapitän setzte sogleich das eine Boot aus und drang mit demselben bis zum Fuße des einen der beiden scharfen, 3- bis 400 Fuß hohen Felsen vor, zwischen denen das Schiff eingeklemmt war; er kletterte auf die Oberfläche des Riffs, um die Scene seines Unglücks zu übersehen; es war wenig Aussicht auf Rettung. Mittlerweile waren indeß die Insulaner gewahrt geworden, was sich zugefallen hatte; unverzüglich thaten sie das Aeußerste für die Lebensrettung der unglücklichen Schiffbrüchigen.

Da dem Schiffe von der See aus nicht nahe zu kommen war, so war die einzig ausführbare Art der Rettung die, daß die mutigen Fischer von Faira ihre kleinen Boote in eine Höhle brachten, welche durch die Felsen ging und in die Bucht mündete, wo das Wrack lag. Diese Fahrt gelang; nachdem die Männer, Weiber und Kinder unter großen Mühen an Bord der kleinen Boote gebracht worden, hatten die Insulaner eine Zwischenpause in den Wellenschlägen abzuwarten, um wieder durch die Felsenhöhle hindurch zu kommen; sonst würden ihre gebrechlichen Fahrzeuge von der Fluth ergriffen und gegen die Felsen geschleudert worden sein. Auch dies Mannöver gelang; man fuhr aufwärts nach einem Theile des Fessens, welcher minder steil und nicht so zackig war; dort wurden die sämtlichen Schiffbrüchigen auf die Oberfläche der Klippe gezogen und von hier ans glücklich an's feste Land geschafft; die Kinder wurden den Männern auf den Rücken gebunden und auf diese Weise hinaufgebracht. Mehrere Stunden gingen mit der Landung hin. Sobald es das Wetter erlaubte, verließ der Steuermann des „Fessing“ die Insel in einem Boote, um Hilfe zu holen; dergleichen kam glücklich in Cumbergh an; am 26. Mai erreichte die Nachricht von dem Schiffbruche Lervick, die bekannte Hauptstadt der Schetlands-Insel Mainland. Sogleich wurde ein Schooner ausgerüstet und nach Faira geschickt. In drei Jahren brachte dies Schiff die Unglücklichen nach Lervick. Zuerst weigerten sich Viele, ohne ihre in dem Wrack begrabene Habe die Insel zu verlassen; sie gefährdeten sogar das Leben des Kapitäns. Nach und nach sah man indeß ein, daß an eine Bergung der Effekten nicht zu denken sei; nur dann und wann gelang es, von der Klippe aus einige Gegenstände, theils Schiffsdutentstücken, theils Passagierkisten aufzufischen. In der Zukunft war das Wrack fast ganz unter Wasser; zur Erde war aber auch nicht in den Schiffsträumen zu kommen; jeder Versuch, an Bord zu gehen, war mit Lebensgefahr verbunden, da der Hinterhalt des Schiffs, dessen Mitte nur von den Felsen zusammengehalten ward, von den Wogen hin und her geworfen wurde. Am 3. Juni verließen die letzten Reisenden und die Mannschaft

Faira, um sich ebenfalls nach Lervick zu begeben. Der Zuwachs von nahezu 500 Personen zu der Bevölkerung dieses Ortes, der schon so bevölkert ist, war äußerst bedenklich. Die Bequemlichkeiten waren, wie man leicht denken kann, sehr beschränkt, und da die armen Auswanderer meistens nur mit den Kleibern, die sie auf dem Leibe trugen, gerettet wurden, demnach kein Zeug wegschleppen konnten, ohne Betten und Bettwäsche waren und schon dadurch, daß sie mehrere Tage lang dem Wetter ausgesetzt gewesen, schwer gelitten hatten, war die Gefahr, daß ansteckende Krankheiten unter ihnen ausbrachen, nicht gering. Sie wurden in einem Theil des Stadthauses und des Gefängnisses, sowie in zwei Zimmern auf dem Fort, auch in einigen Lagerhäusern, die sofort ausgeräumt wurden, untergebracht. Nach den letzten telegraphischen Nachrichten ist der Gesundheitszustand befriedigend gewesen; allein manche herzzerreißende Scene ist auf Faira und in Lervick vorgekommen. Man erwartet die Unglücklichen mit dem Dampfer „Schwalbe“ des Norddeutschen Lloyd in den nächsten Tagen zu Bremen. Von dem dortigen Auswanderer-Bureau ist eine Sammlung für dieselben eröffnet worden. Es ist zu wünschen, daß sie recht reichlich ausfalle, da den unglücklichen Auswanderern seitens der Schiffseigner nichts erseht wird, als die Passagiergelder. (Am 14. ist, wie berichtet wird, das Dampfschiff „Schwalbe“ mit den Reisenden des bei der Insel Faira gesirandeten Schiffes „Fessing“ in Bremerhaven angekommen.)

— Der französische Senat bewilligte am 13. einstimmig die schon von dem Gesetzgeb. Körper votirte Summe von 50,000 Fr. für die Deckung der Kosten einer zur Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis nach Asien zu sendenden französischen Kommission. Levertier führte in seinem Bericht an, daß ein Punkt an der Küste von Malakka als Station für die Beobachtungen ausgerechnet worden ist. Ein französischer Astronom, Hr. Janssen, wird sich außerdem nach Malakka begeben, wo auch die englischen Astronomen ihren Sitz aufschlagen werden.

tismus des hohen Hauses, daß Sie das von der Regierung gebotene Gesetz annehmen werden. (Lebhafter Beifall.)

Lehrt Gegenstand der Tagesordnung der gestrigen Sitzung war der Antrag des Abg. W. Wiggers (Berlin): „Der Reichstag wolle beschließen: aus Veranlassung der in der 8. Sitzung des Reichstags vom 16. d. M. erteilten Antwort des Bundeskommissarius auf die Interpellation des Abg. W. Wiggers (Berlin), den Bundeskanzler aufzufordern, den in der 27. Sitzung des Reichstags am 23. Okt. 1867 mit großer Majorität gefaßten Beschluß: daß in dieser Session des Reichstags ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen alle noch bestehenden, aus den Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufgehoben werden, in Ausführung zu bringen.“ Der Referent Dr. Endemann hielt den Antrag: „Der Reichstag wolle beschließen: den Bundeskanzler aufzufordern, daß in Ausführung des am 23. Oktober v. J. gefaßten Beschlusses des Reichstags baldigst ein Gesetz vorgelegt werde, welches alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Glaubensbekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufhebt, insbesondere 1) die Verbote und Beschränkungen der Eheverbindung zwischen Christen und Israeliten, sowie die auf dem israelitischen Glaubensbekenntnis des einen Theils beruhenden Beschränkungen der ehelichen Rechte beseitigt, 2) für alle Eidesleistungen der Israeliten eine der Gleichberechtigung entsprechende Form einführt, 3) die volle Gleichberechtigung der Israeliten zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung, sowie zur Bekleidung öffentlicher Gemeinde- und Staatsämter im Gebiet des Norddeutschen Bundes ausdrücklich anerkennt.“

Abg. v. Vincke (Oldendorf) erklärt, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß der Militärdienst der Juden etwas Herabwürdigendes enthalte. Bundeskommissar Geh. Rath zu Culenburg: In Folge des vorjährigen Beschlusses des Reichstags ist auf Veranlassung des Bundeskanzler-Amtes eine Zusammenstellung derjenigen Fälle angefertigt worden, in welchen in diesem oder jenem Bundesstaat die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte noch von einem bestimmten religiösen Bekenntnis abhängig ist. Dieses Verzeichnis ist dem Ausschuss für das Justizwesen überwiesen worden. Ueber Weiteres kann ich jetzt keine Erklärung abgeben. Abg. Graf Vassewitz: Der Reichstag ist nicht kompetent. (Heiterkeit.) Der Staat hat ein Recht darauf, seinen christlichen Charakter zu behalten. Man höre aber auch die Juden nur: Das, was der Antrag verlangt, wollen sie selbst nicht. Gäbe es noch einen jüdischen Staat, so würden die Juden demselben seinen religiösen Charakter ebenfalls bewahren wollen. Abg. Lafer: Die Juden wissen sehr wohl, was sie wollen, und sie sind zu gebildet dafür, daß die Meinung des Vorredners Raum gewinnen dürfte. Abg. v. Brauchitsch ist gegen den Antrag des Referenten. Abg. W. Wiggers weist auf die speziellen Verhältnisse in Mecklenburg hin, die, indem sie den Erwerb von Grundeigentum für Juden an lästige Bedingungen knüpfen, in der schroffsten Weise auch gegen das Freizügigkeitsgesetz verstoßen. Uebrigens beziehe sein Antrag sich auch nicht bloß auf die Juden, sondern auf alle Konfessionen, und die Verhältnisse in Mecklenburg zeigten ja auch, daß dort nicht bloß die Juden wegen ihres religiösen Bekenntnisses zurückgesetzt seien. Um eine größere Einstimmigkeit zu erzielen, würde er jedoch auch nichts dagegen haben, wenn der erste Satz der Nr. 1 des Antrags des Referenten getilgt würde. Der Referent repliziert den Segnern seines Antrags, worauf das Haus den Antrag des Referenten, mit Ausnahme der Nr. 1 nach „insbesondere“, annimmt.

Berlin, 17. Juni. Sitzung des Reichstags vom 17. Juni.

Abg. Harfort begründet vor der Tagesordnung nachstehende Interpellation: „Beabsichtigt der hohe Bundesrath ein Gesetz zum Schutz der deutschen Auswanderer in den Häfen des Norddeutschen Bundes und auf den demselben angehörenden Schiffen vorzulegen und welche Maßregel hat derselbe ergriffen, um diesen Schutz bis zum Erlaß des Gesetzes auszuüben?“ Präsident Delbrück erklärt, daß ein Bundesgesetz zur Regelung der Auswanderung im Interesse des Publikums wie der Hafenplätze erst in der nächsten Session vorgelegt werden könne, da diese Materie durch die unerlässliche zu nehmende Rücksicht auf die Gesetzgebung des Auslandes, namentlich der Vereinigten Staaten, komplizierter sei, als sie auf den ersten Blick erscheine. Auf die zweite Interpellation des Abg. Schulze: 1) ob und welche Einleitungen von Seiten des Bundesraths in Bezug auf den Wegfall der mecklenburgischen und lauenburgischen Transitzölle, bei dem nahe bevorstehenden Eintritt beider Länder in den Zollverein, getroffen sind; und 2) welcher Termin für diesen Eintritt und dem damit selbstverständlich verbundenen Wegfall der Zölle vom Bundesrath in das Auge gefaßt ist? — erklärte derselbe Hr. Kommissar, daß die lauenburgischen Transitzölle durch den Eintritt des Herzogthums in den Zollverein seit Januar d. J. beseitigt seien, die mecklenburgischen seien weg mit dem Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein, der jedoch zum 1. Juli d. J. mit Sicherheit nicht zu erwarten sei.

Das Haus geht hierauf zur Beratung des Marineetats über. Vizeadmiral Jachmann: Der jetzt übergebene Etat schließt sich der in der vorigen Session übergebenen Denkschrift über die Entwicklung der Marine an. Es sind darin die Erhöhungen folgender Stellen vorgesehen: 20 Offiziere, 400 Matrosen, 100 Mann für die Werftdivision, eine Kompanie Seefoldaten wegen des Establishments an der Jade und bei dem Bootswesen. Abg. Kosspricht über die Ausbildung der Seeoffiziere, der Geschütze und Panzerschiffe, die Piraterie in den ostasiatischen Gewässern, wo die deutsche Handelsflagge sehr stark vertreten sei. Vizeadmiral Jachmann: Wir richten große Aufmerksamkeit auf den Bau der Panzerschiffe im Ausland, und unsere Schiffe stehen auf der Höhe der jetzigen Vervollkommnung, namentlich ist der „König Wilhelm“ das stärkste Schiff, das überhaupt auf dem Wasser schwimmt. Die Expedition nach Ostafrika wird sich bis zum nächsten Jahre verzögern, weil wir die entlassenen Matrosen erst zum Herbst wieder bekommen können, und dann, weil das Feuer das für diese Expedition bestimmte Schiff „Hertha“ unglücklicher Weise vor einigen Tagen beschädigt hat. Ich kann jedoch die erfreuliche Mittheilung machen, daß der Schaden bei näherer Betrachtung sich als unbedeutend herausgestellt hat. Der Ausbildung des See-Offizierskorps widmet man die ernsteste Aufmerksamkeit. Unsere jungen Seeoffiziere sind viel mehr zur See aktiv beschäftigt, als die unsere Nachbarstaaten Rußland, Schweden und Dänemark. Die allgemeine Diskussion ist damit geschlossen.

Abg. v. Bodum-Dolffs beantragt die Trennung des Marine- und Kriegsministeriums. Präsident Delbrück empfiehlt die Ablehnung dieses Antrags. Die Frage fällt zusammen mit der organischen

Entwicklung der Bundesverfassung überhaupt, und diese zu bestimmen sei heute nicht an der Zeit. Thatsächlich sei das Marineministerium getrennt, und es bestehe nur eine Personalunion. Die ordinären Ausgaben mit 2,636,405 Thlr. werden hierauf bewilligt.

Es folgen einmahlige Ausgaben: Zadebauten 2 Millionen. Abg. Harfort bemängelt den Bau des Zadehafens; er glaubt, der „König Wilhelm“ werde nicht so einlaufen können, fordert den Bau des Zasmunder Boddens und empfiehlt den Nord-Offsee-Kanal von Flensburg aus. Abg. Frhr. v. Moltke: Es wäre gewiß wünschenswerth, wenn wir noch mehr Häfen hätten, aber der Zasmunder Bodden wäre ein sehr kostspieliges Projekt. Was den besprochenen Kanal betrifft, so mag der Königshafen gut sein, aber es fehlt die Verbindung Romoes mit dem Kontinent; diese herzustellen wäre sehr kostspielig. Bei Flensburg habe ich im Jahr 1864 eigenthümliche Terrainverhältnisse gefunden. Der Höhenrücken fällt dort nahe an der Döse steil nach der Flensburger Bucht ab; ich hielt diese Richtung also für günstig und ließ sie von zuverlässigen Ingenieurgeographen nivelliren, die niedrigste Höhe war 141 Fuß, aber oben ist kein Wasser zur Speisung des Kanals, es müßte also ein sehr kostspieliger Graben angelegt werden; das wäre aber möglich, nun flacht sich aber das Terrain ab, und da liegt die Schwierigkeit. Es ist immer der Kanal von Kiel nach der Elbe vorzuziehen, wenn er auch 30 Millionen kostet. Vizeadmiral Jachmann: „König Wilhelm“ wird sehr wohl in die Jade einlaufen können, denn er hat nur 26 $\frac{1}{2}$ Fuß Tiefgang; übrigens haben die Marinen aller Länder Häfen, welche gewissen Schiffen nicht zugänglich sind. Wenn man sagt, die Flotte habe von Memel bis Kiel keinen Hafen, wehnt sie sich zurück, so ist das richtig, die Korvetten können aber sehr gut in Slettin einlaufen. Frankreich hatte auch zwischen Calais und Brest feine Häfen für die Flotte und mußte Cherbourg bauen; Plymouth und Portsmouth sind nur bei Hochwasser zugänglich. — Abg. Harfort bemängelt den Bau der Panzerschiffe. — Vizeadmiral Jachmann: Die Brauchbarkeit der Panzerschiffe ist seit Jahren ein Gegenstand der Kontroverse. Manche Schiffe haben den Erwartungen nicht entsprochen, und das war früher bei den Holzschiffen auch nicht der Fall. So konnte voriges Jahr die englische Kanalschiffe die Hälfte ihrer Geschütze nicht brauchen, wie ja häufig auch die Linienschiffe die unteren Geschütze nicht brauchen können. Im Jahr 1863 hat eine Probefahrt zwischen französischen Panzerschiffen und zwei französischen Linienschiffen stattgefunden, welche von Offizieren begleitet waren und ihr Gutachten dahin abgaben, daß sich die Panzerschiffe wegen des geringeren Schwankens auf die See besser bewährten, als die Linienschiffe. Die Marineverwaltung wendet dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu; sie sählt die Veranwortlichkeit und Verantwortlichkeit, die Mittel auf den Bau der Schiffe nicht ohne Rücksicht auf die im Ausland gemachten Erfahrungen zu verwenden. Was die Fregatte „Friedrich Karl“ angeht, so haben sich alle Techniker, auch die englischen, während des Aufenthalts dieses Schiffes in Plymouth dahin ausgesprochen, daß das Schiff sehr gut und sehr zweckmäßig gebaut ist und allen Anforderungen der Gegenwart entspricht. Es hat seine Waffen verloren, aber es ist noch nicht entschieden, ob eiserne Waffen besser sind, als hölzerne; es sind darüber keine Erfahrungen, und auch die englische Admiralität hat ein von uns erbetenes Gutachten hierüber verweigert; die Gesellschaft hätte sofort, als ihr der Bau eigener Waffen von uns zur Verbindung gemacht worden, erklärt, sie habe keine Erfahrungen. Der „Ghove“, für die Konstruktoren gebaut, mag an Solidität vielleicht zu wünschen übrig lassen; er aber sowohl, wie der „Arminius“ ist mit 4 $\frac{1}{2}$ Zolligen Panzerplatten bedeckt, während die englischen und französischen Schiffe auch nur Platten von 4 $\frac{1}{2}$ bis 5 Zoll haben, die 8- bis 9zölligen noch im Bau sind. Die Marineverwaltung hat zu ihren Marine-Technikern, namentlich zu ihren Schiffbau-Technikern, großes Vertrauen. Hr. Harfort hat den „Friedrich Karl“ erwähnt; aber er hat vergessen, welche Bewunderung die in Danzig gebaute „Veneta“ nach dem Unfall in den dortigen Gewässern bei allen Engländern und Franzosen erregt hat. Heute tadelt Hr. Harfort die „Augusta“ und „Victoria“; früher hat er sie gelobt.

Abg. W. Wiggers fragt, welche Schiffsbauten für 1869 in Aussicht genommen sind. Vizeadmiral Jachmann: Die Panzerkorvette „Janja“, die Stabskorvette „Ariadne“ in Danzig und ein großes Panzerschiff auf einer inländischen Werft; doch ist darüber die Marineverwaltung noch nicht schlüssig, die Pläne sind noch in der Bearbeitung. Die außerordentlichen Ausgaben mit 5,981,498 Thlr. werden bewilligt.

Es beginnt die Debatte über die ausgelegte Forderung von 150,000 Thlr. als erste Rate für ein Bundesgebäude. Diefelbe wurde genehmigt, nachdem Abg. Waldeck den Verkauf von preussischem Staatseigentum an den Bund ohne Zustimmung des preussischen Landtags als unzulässig bezeichnet hatte. Dergleichen wurden die 1,500,000 Thlr. außerordentlichen Ausgaben in der Militärverwaltung für Küstenbefestigungen, die unzurechneten Matricularbeiträge und schließlich werden die Gesamtpositionen des Etats (Ausgaben 77,701,135 Thlr., d. h. fortlaufende 62,725,137 Thlr., einmalige 7,975,998 Thlr., Einnahme dergleichen) fast einstimmig angenommen, nachdem vor dem letzten Botum der Antrag des Abg. Grafen Bethusy-Suc auf Uebernahme des preussischen auswärtigen Ministeriums auf den Bundeshaushalt pro 1870 (gegen die Rechte) genehmigt, dagegen der Antrag Krüger auf Verwaltung der finanziellen Beiträge Nordschleswigs zu Bundeszwecken durch eine Kommission in Flensburg, bis Art. 5 des Prager Friedens zur Ausführung gebracht ist, mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt war.

Die Vorlage, betr. den Rechnungs-Revisionshof des Bundes, wurde mit den Amendements Tweiti genehmigt, deren wichtigstes die Geltung des Gesetzes als eines provisorischen bis zum Jahr 1870 ist. Die Kirchmann'schen Anträge wurden abgelehnt. (Schluß folgt.)

Berlin, 17. Juni. Se. Maj. der König ist von seinem nach Schlesien gemachten Ausflug zurückgekehrt. Nach nunmehriger weiterer Bestimmung — schreibt die offiziöse „Provinzialcorresp.“ — gedenkt der König demnächst einen Besuch in Hannover zu machen. Die Abreise dahin wird vermutlich am Sonntag (21.) oder Montag (22.) erfolgen und der Aufenthalt in der Hauptstadt der neuen Provinz sich auf zwei Tage ausdehnen. Ferner hofft der König der an ihn ergangenen Einladung zur Theilnahme zur Enthüllung des Lutherdenkmals in Worms am 24. und 25. Juni folgen zu können. Die evangelische Fürsten der benachbarten Staaten dürften der Feier gleichfalls beiwohnen. Nach dem 25. wird unser König in Gemeinschaft mit seiner von Baden zurückkehrenden erlauchten Gemahlin noch einige Zeit auf Schloß Babelsberg verweilen, in der ersten Woche des Monats Juli aber die beabsichtigte Badreise, und zwar nach Ems, antreten.

Der R. sächsische Staatsminister v. Friesen führt die Stellvertretung des Grafen Bismarck im Vorsitz des Bundesraths bis zum Reichstagschluß, der aller Wahrscheinlichkeit nach am 20. d. erfolgen wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wesib, 17. Juni. Das Unterhaus nahm den Gesetzentwurf, indirekte Steuern betreffend, im Prinzip an. Prinz Napoleon wohnte der Sitzung des Hauses an; er reist am Freitag nach Konstantinopel.

Serbien.

Belgrad. Ist die Ermordung des Fürsten Michael ein Akt der Blutrache, so erinnert man sich, daß Michael der Vater Alexander's Karageorgiewitsch, den schwarzen Georg (Gzerny) im Jahr 1816 bei der Heimkehr aus dem Exil durch gebundene Mörder hat umbringen lassen. Darauf fußt vorläufig allein die Beschuldigung, daß Alexander der Anstifter des Mordes von Topstschider sei. Uebrigens bedarf noch der Bestätigung, daß derselbe sich direkt nach Belgrad begeben hat. Das wird er bei der gegenwärtigen Volksstimmung schwerlich wagen; die Geislichkeit von Grosz hat ihn bereits feierlich erkommuniziert und als Mörder verflucht. Sein 24-jähriger Sohn Peter, der einem in Neuszag (Oesterreich-Serbien) verjammelten Revolutionskomitee angehören soll, ist von Agram nach Pesth gegangen, um dort wahrscheinlich mit dem Vater zusammenzutreffen. In Belgrad sind am 14. Juni noch viele Personen verhaftet worden, die einer Revolutionsverschwörung angehören sollen. Es sind darunter drei Verwandte Alexander's, nämlich Professor Stanosewitsch und die pensionirten Senatoren Sternatowitsch und Westorawitsch. Die Tochter Alexander's, Poleria, ist an Hrn. Nikolejewitsch, der früher einmal Ministerpräsident, verheirathet, und lebt seit 1858 in Belgrad. Ihr Mann wird als Derjenige bezeichnet, der für seinen Schwager Peter eifrig gewühlt hat. Ob nun, wie behauptet wird, das Verbrechen im Interesse der großserbischen Partei verübt worden ist, muß sich im weiteren Verlauf der Ereignisse herausstellen. Die „Serbische Revue“ gleich gemeldet, daß Fürst Michael außer den vier Kugeln auch zahlreiche Wunden durch Schneidwerkzeuge erhalten habe, und am ganzen Körper bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden sei, so berichtet auch der Belgrader Korrespondent der „N. Fr. Presse“ unter'm 12. Juni von der Mordthat als von einem förmlichen Gemetzel. „Als der Fürst dreimal getroffen, ohnehin todt hinstürzte, warf sich noch einer der Mörder auf den Leichnam und hieb auf ihn mit dem Handschuh nach allen Seiten ein. Man sagt, der Fürst sei der Art verstimmt, daß das Nasenbein durchgehauen sei. Das Antlitz trägt zwei klaffende Wunden, der Arm und ein Fuß sind durchstochen und die Knochen der Hand der Art zerschmettert, daß der sie bekleidende Handschuh herabgeschlitten werden mußte. Die Hiebwunden am Gesicht des Fürsten sind furchtbar deutlich sichtbar. Ja, es geht das Gerücht, daß die Dolche und Handschare (wie es hier beinahe gewöhnlich) vergiftet gewesen seien. Im Ganzen haben die Mörder 16 Schüsse abgefeuert. Es geht die Sage, der Fürst sei bereits zweimal im Lauf von 10 Tagen gewarnt worden; er habe aber darauf nicht geachtet. So viel kann verübt werden, daß in den letzten Tagen ohne besondere Veranlassung vielfach von einem Vergiftungsversuch gegen den Fürsten Michael, von seiner Entthronung u. dgl. m. gesprochen wurde.“

Italien.

Rom, 11. Juni. (Köln. Ztg.) Man erwartet hier mit Ungebuld das Konfistorium, in welchem sich der Papst über die Lage der Kirche im Kaiserthum Oesterreich offiziell äußern will. Obgleich die Stimmung in der römischen Kurie eine wider Oesterreich entschiedene ist, so glaubt man doch nicht, daß die Allokution des hl. Vaters dazu beitragen wird, den Miß noch größer zu machen. Man hört, der Papst selber habe den mit der Ausarbeitung derselben beauftragten Prälaten nach Lesung des Konzeptes angebetet, diese und jene Spitzen abzubrechen. — Der Graf v. Caserta und seine junge Gemahlin werden nicht, wie beabsichtigt gewesen war, nach Deutschland reisen, sondern vorerst hier bleiben. Sie wohnen mit dem König und den übrigen Verwandten im Ballast Jarnefe. — Marshall Niel hat ein besonderes Interesse für die bevorstehenden Uebungen der päpstlichen Truppen im Felblager. Die Artigkeit des französischen Kriegsministers dürfte so weit gehen, daß er einen seiner Adjutanten herfschickt, die Uebungen mit anzusehen. Die Römer machen dazu die Bemerkung: Wenn dergleichen geschehe, so müsse entweder der Große zu klein oder der Kleine zu groß geworden sein.

Frankreich.

Paris, 16. Juni. (Köln. Ztg.) Die Mächte sind überaus erfreut von der vorläufigen Haltung, welche in der serbischen Successionsfrage zunächst die Türkei eingenommen. Während alle Beteiligte durchaus entschlossen sind, die Dinge in Belgrad einstweilen sich selbst zu überlassen und so lange es irgend möglich, am Prinzip der Nichtintervention festzuhalten, ergab sich bereits eine allgemeine Uebereinstimmung der Schutzmächte zu Gunsten allseitiger Anerkennung des jungen Milan als gesetzlichen Nachfolgers des Fürsten Michael. In diplomatischen Kreisen legt man übrigens dem Gerücht, der Präsident Alexander Karageorgiewitsch habe den Mord veranlaßt, keine besondere Glaubwürdigkeit bei. Man meint, nicht ohne Logik, daß der Versuch, falls er durch eine solche Bluttat den Thron erkröbt hätte, sich selber im voraus habe sagen müssen, daß die Mächte unmöglich durch eine Anerkennung des mittel- oder unmittelbaren Mörders dem Fürstenmord gewissermaßen Absolution erteilen würden und Insoch seine Absichten gerade durch den gewaltsamen Tod des Fürsten Michael, wenn ihn der Präsident veranlaßt haben sollte, um so viel geringer werden müßten. Richtig dagegen scheint es, daß Alexander Karageorgiewitsch eben im Begriff war, die Fäden einer Verschwörung zur Herbeiführung eines Regierungswechsels in Belgrad auszuwerfen, und daß es ihm vielleicht dabei nicht möglich war, die absolute Leitung derselben in der

Hand zu behalten, wird bereitwillig zugegeben. — Verlässliche Privatbriefe aus Fontainebleau verbürgen, daß in dem Leben des Kaisers neuerdings eine gewisse Besserung bemerkbar geworden ist.

Paris, 17. Juni. Der kleine „Moniteur“ meldet, daß der Kaiser und die Kaiserin am Jahrestag des Attentats dem Kaiser von Rußland ein Telegramm mit Ausdrücken der theilnehmenden Erinnerung an jene That überschickt haben. — Dasselbe Blatt drückt in seiner heutigen Wochenschau die Hoffnung aus, daß Serbien auf regelmäßigem Weg aus seiner jetzigen Krisis hervorgehen wird. Die Successionsfrage werde der Prüfung der Stupischina unterzogen werden, deren Beschlüsse stets einen großen Einfluß auf das Land ausüben. — Heute Morgen wurde im Tuilerienpallast unter Vorsitz des Kaisers eine Sitzung des Ministerraths abgehalten. Der Kaiser war um 9 Uhr von Fontainebleau gekommen. Heute Nachmittag um 4 1/2 Uhr ist der Kaiser wieder nach Fontainebleau zurückgekehrt.

Der „France“ zufolge hat die Reise des Hrn. Kisti den Zweck, dem jungen Fürsten Milan die Adressen der serbischen Bevölkerung zu überbringen, welche den Zweck haben, ihm die Thronfolge zu sichern. Hr. Kisti wird wahrscheinlich in Paris bleiben, bis das Resultat der Wahl der Nationalversammlung bekannt ist, und sobald, wenn der junge Fürst geflüchtet worden ist, ihn nach Belgrad begleiten.

Das „Journ. de Paris“ will wissen, daß Hr. v. Roustier den italienischen Gesandten gefragt hat, ob er die Gerüchte kenne, denen zufolge Garibaldi und Mazzini sich dahin verständigt hätten, eine neue Unternehmung gegen Rom zu organisieren. Hr. Nigra hätte geantwortet, diese Gerüchte seien ihm noch nicht zu Ohren gekommen.

Prof. Wurz, Mitglied der medizinischen Akademie und Dekan der medizinischen Fakultät, soll, nach dem „Figaro“, von dem Unterrichtsminister beauftragt worden sein, eine Rundreise durch Deutschland zu machen, um die Organisation der dortigen praktischen Lehrkräfte zu studieren.

Der Bericht der Budgetkommission ist diesen Abend veröffentlicht worden. Er umfaßt auf 224 Quartseiten die Berichte über die Ergänzungskredite von 1867, das rektifikative Budget von 1868, das ordentliche und endlich das außerordentliche Budget von 1869. Das ordentliche Budget von 1869 beläuft sich auf 1,622,484,651, das außerordentliche auf 99,960,252 Fr. Die Lage, wie sie nunmehr geregelt ist, — so schließt die Kommission ihre Darstellung, — kann und muß sich bessern durch eine wachsame Festigkeit, eine weise Sparsamkeit, durch Fortdauer des Friedens, dessen alle Nationen bedürftig sind, und durch ein gerechtes Vertrauen endlich auf den Herrscher und auf die gesicherte Macht unseres Landes. — Rente 70.17 1/2, Cred. mob. 311.25, ital. Anl. 53.40.

Spanien.

Madrid, 16. Juni. Dem Vernehmen nach wird das Kabinet sich folgendermaßen vervollständigen: Marquis Roncali (bisher Justizminister) übernimmt das Staatsministerium und die auswärtigen Angelegenheiten; Coronado das Justizministerium, Rodriguez Rubi die Kolonien; Marfori (der bisherige Kolonienminister) würde Generalintendant des Königl. Hauses werden.

Madrid, 17. Juni. Alle offiziellen und andern Nachrichten aus den Provinzen, die bis auf diesen Tag hier angekommen sind, konstatieren, daß nicht das geringste Symptom existirt, woraus man folgern könnte, daß die öffentliche Ruhe in Catalonien oder an sonst einem Punkt des Königreichs bedroht sei. Die Angaben der englischen Zeitungen über diesen Punkt sind demnach durchaus falsch.

Großbritannien.

London, 17. Juni. Die Königin hat befohlen, die Söhne Theodor's nach England zu bringen.

London, 17. Juni. Das Unterhaus verwarf den von Bright eingebrachten Antrag, welcher die Einsetzung einer Königl. Kommission zur Untersuchung der von Neuschottland gegen die Union mit Canada erhobenen Beschwerden verlangte, mit 183 gegen 87 Stimmen.

Glabbstone's Bill, die irische Staatskirche betreffend, wurde nach dritter Lesung angenommen.

London, 17. Juni. Nachrichten aus Zulla vom 5. Juni melden, daß die englische Armee sich eingeschifft und Zulla am 2. Juni verlassen habe. Nur die Kavallerie sei zurückgeblieben. General Napier werde am 12. Juni abreisen.

Amerika.

New-York, 6. Juni. (Per „City of Baltimore“.) Im Repräsentantenhaus wurde ein Antrag auf einen Ausdruck der Anerkennung für die persönlichen Tugenden und patriotischen Gesinnungen des verstorbenen ehemaligen Präsidenten Buchanan mit 73 gegen 46 Stimmen verworfen. Eine Bill zur Errichtung von Emigrationsagenturen, die von Donnelly i. H. eingebracht und an das Komitee der auswärtigen Angelegenheiten überwiesen wurde, bestimmt unter Anderem die Ernennung von je einem Kommissär zur Unterstützung der Auswanderung für Großbritannien, den Norddeutschen Bund, Desterreich, Norwegen und Schweden. Diese Kommissäre sollen von auswärtigen Ämtern angestellt und besoldet werden und die Ermächtigung erhalten, mit Dampfboot- und Eisenbahngesellschaften für billige Beförderung von Emigranten zu unterhandeln, immer vorausgesetzt, daß der Regierung der Union dadurch keine Kosten erwachsen. Sonst sollen dieselben noch dem Ministerium regelmäßig berichten und den Auswanderern alle mögliche Auskunft erteilen. Der Transport von Waaren unter Zollverschluss wurde vom Hause mit 66 gegen 64 Stimmen angenommen.

In Washington kam es in diesen Tagen wieder einmal zu einer großen Schlägerei zwischen Weißen und Farbigen. Erstere ließen zwei Tode auf dem Platz. Ein Streit über die Beschlüsse der Konvention in Chicago bildete die Veranlassung.

Berichten aus Vera-Cruz zufolge stellt Marquez es nunmehr in Abrede, daß viele ihm zugeschriebene Grausam-

keiten von ihm begangen worden seien. Er habe Maximilian nicht verrathen, und was man ihm sonst mit Recht zum Vorwurf mache, sei ihm von oben herab befohlen worden.

New-York, 17. Juni. Der Senat nahm eine Gesetzvorlage an, wodurch Kontrakte, in denen Zahlungen in Gold stipulirt wurden, legalisirt werden. Aus der Grenzstadt St. Albans wird von einer Zusammenrottung der Jenier berichtet. Macculloch hat das Auslaufen zweier Transportschiffe aus dem Hafen von New-Orleans verboten, weil deren Verkauf an Peru beabsichtigt sei.

Die westindische Post (per „Plata“) bringt wenig Neues. Auf den westindischen Inseln standen die Saaten günstig genug, aber das Geschäft war flau. In Chili herrscht einige Aufregung über die neuerdings erfolgte Freigebung der in England festgehaltenen spanischen und chilenischen Kriegszüge. Peruanischer Seits wurde schwere Klage darüber erhoben, daß die Beschlagnahme ohne rechtzeitige vorherige Anzeige aufgehoben worden sei. In Lima wüthet das gelbe Fieber mit erschreckender Heftigkeit und rafft zwischen 150 bis 200 Opfern täglich hinweg. Der bekannte Kapl. Baken, Erfinder der nach ihm benannten Geschosse, mit denen er auch zur Zeit mehrere selbständiche Armeen ausgerüstet, ist, sammt seiner Gattin, unter den Todten. Schulen und Theater sind geschlossen und die Kaufleute gingen mit dem Gedanken um, ebenfalls zeitweise ihre ohnehin kaum nennenswerthen Geschäfte zeitweilig zu suspendieren. — Die Revolution in Hayti geht allem Anschein nach der Reife entgegen. Salnave rüstete sich in Port-au-Prince zu hartnäckigem blutigem Widerstande, während die sämtlichen Bandenführer der Insurgenten, unter Andern Cabral, Riffage, Faubert und Normil, sich gegen ihn vereinigten.

Baden.

Karlsruhe, 18. Juni. Laut Regierungsblatt Nr. 42 vom 13. d. haben Sr. Königl. Hoheit der Großherzog auf die betr. Höchstseiner Patronat unterliegenden katholischen Pfarreien nachfolgende kathol. Geistliche ernannt, die sodann kirchlich eingesetzt wurden: Auf die Pfarrei Schwanau, Dekanats Klettgau, den Pfarrer Martin Binder in Wiesch; auf die Pfarrei Burbach, Dekanats Ettlingen, den Pfarrverweser Buhmann in Hanau; auf die Pfarrei Griesheim, Dekanats Neuenburg, den Pfarrer L. Duffner in Weigen; auf die Pfarrei Scheltingen, Dekanats Emdingen, den Pfarrverweser A. Bauer. Ferner haben Sr. Königl. Hoheit der Großherzog aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der Großh. Staatsregierung vorgeschlagenen je drei Bewerber den Pfarrverweser A. Geier in Brötzingen auf die Pfarrei Freudenberg, Dekanats Buchen, und den Pfarrverweser E. H. Schuler in Gengenbach auf die Pfarrei daselbst, Dekanats Offenburg, designirt. Dem von Sr. Durchl. dem Hrn. Fürsten Ernst zu Reiningen auf das evangel. Diakonatsamt Gerbach präsentirten Diakonatsverweser D. Engler daselbst wurde die kirchliche Bestätigung erteilt.

Heidelberg, 15. Juni. (Bd. Lds.-Ztg.) So eben vertheilt der Gemeinderath eine Darstellung des ganzen Vorgangs bei der diesigen Besatzungsfrage und des jetzigen Standes der Sache. Das Endergebnis aller bisherigen Verhandlungen und Untersuchungen Seitens des Staats, der Stadt und der Universität, sowie der Einmischung des Publikums mittelst der Presse und durch Eingaben an die Behörden und die Etände ist: wenn in einigen Jahren das neue akademische Krankenhaus gebaut sein wird, wird das vollkommen zu einer Kaserne für ein Bataillon Infanterie geeignete bisherige Krankenhaus dazu hergerichtet. Die Entbindungsanstalt erhält ein neues, geeigneteres Gebäude, als das bisherige, wozu die Stadt mindestens 60,000 fl. beiträgt, wogegen ihr das bisher der Universität dazu gestellte im Markthof zurückgegeben wird. Ob das Anerbieten des evangelischen Oberkirchenraths, zu einem Ererzplatz leihweise 30 Morgen Feld bei Pleidarsdorf (etwa 1 Stunde von hier) gegen Pachtzins herzugeben, angenommen, oder ob noch von einem Ererzplatz hoch oben auf den Bergen die Rede ist, ist aus der Darstellung nicht ersichtlich.

Aus dem Elsenzthal, 15. Juni. (Hdb. Ztg.) Der Bahnbau nach nun raschen Ganges seinem Ziel und wird namentlich jetzt an Vollendung der Stationsgebäude letzte Hand angelegt. Manche derselben zeichnen sich durch herrliche Lage, prächtige Ausführung, geschmackvolle und zweckmäßige Einrichtung äußerst vorthellhaft aus. Sicherem Vernehmen nach sollen am 19. d. M. die Probefahrten stattfinden und die Uebergabe der Bahn für den Verkehr, wie bereits durch die Fahrtenpläne bekannt, am 25. d. geschehen.

Mannheim, 17. Juni. (N. B. Lds.-Ztg.) In der gestrigen Sitzung des Gemeinderaths stellte und begründete Herr Gemeinderath Doll seinen Antrag, die Sitzungen des Gemeinderaths, soweit dieselben sich mit Beratungsgegenständen von allgemeinem Interesse beschäftigen, öffentlich zu halten. Der Antrag wurde einer Kommission zur Berichterstattung überwiesen.

Konstanz, 17. Juni. (Konst. Ztg.) Am 30. d. und 1. künftiger Monats findet zu Konstanz der zweite Verbandstag der Vorkühvereine des badijschen Oberlandes statt, dem auch diesmal wieder Schulze-Delisch anwohnen wird. Nachdem auch Markdorf nach längerem Jögern dem Verband beigetreten, gehören demselben jetzt sämtliche Vereine des vormaligen Seetreibes bis auf Säckingen und Billingen an. Bemerkenswerth ist, daß die Rechner der sämtlichen Vereine von Zeit zu Zeit eigene, stets nahezu vollständig besuchte Zusammenkünfte halten, um sich über Einzelheiten des Geschäftsbetriebes zu verständigen, ihre Erfahrungen auszutauschen und den Rechner neugegründeter Vereine an die Hand zu gehen. Ueberhaupt hat die Wirksamkeit des Verbandes sich bis jetzt schon als eine recht ansehnliche und segensreiche erwiesen.

Vermischte Nachrichten.

Freiburg, 16. Juni. (B. Beob.) Die Heilung der zersplitterten Gelenkenden des Oberarmknochens von Hrn. Oberlieutenant Weigener geht so glücklich von Statten, daß nicht nur der Arm erhalten, sondern man auch Brauchbarkeit des Gelenkengelenks hofft.

Ludwigsburg, 17. Juni. (W. Sitsanz.) Heute Nacht ist der Laborirbau, eine Viertelstunde vor der Stadt an der Solitude-Allee, aus noch nicht ermittelten Ursachen in Flammen geraten und brannte die ganze Nacht hindurch bis auf die Grundmauern nieder. Ein Glück, daß man die Vergeblichkeit aller Lösungsversuche bei einem so gefährlichen Objekt sogleich erkannte und durch energische Absperrung jede Beschädigung der zahllosen Zuschauer und der versam-

elten Arbeitermannschaft verhinderte. Seit heute früh arbeiten Feuerwehren, um die Gluth über den übrigens ungefährlichen Kellerräumen zu dämpfen, und zahlreiche Mannschaften ist mit Aufräumen des Schuttes beschäftigt. Das Gebäude selbst ist mit dem chemischen Laboratorium, den zum Glück geringen Munitionsvorräthen, sämmtlichen zur Anfertigung erforderlichen Utensilien und Modellen, sowie der ganzen Registratur ist niedergebrannt und der Schaden immerhin ein sehr beträchtlicher.

Worms, 13. Juni. Heute früh fand die Aufstellung der Statue Luther's auf das für dieselbe errichtete Postament statt. Trotz ihres bedeutenden Gewichtes von 52 Ztr. erforderte diese Arbeit nur einen Zeitraum von einer halben Stunde.

Mainz, 15. Juni. (Zef. Ztg.) Dem Vernehmen nach haben die Verhandlungen, welche zwischen hessischen und bayerischen Bevollmächtigten in Ludwigshafen wegen der herzustellenden Mainz-Kaiserlautern- und ebenso der Dürkheim-Alzeier Eisenbahn stattfanden, vollkommen zu dem erwünschten Resultat geführt. Es wird sich sonach wohl nur noch bayerischer Seits um die Beschaffung des Geldes handeln, worüber indess wohl kein wesentlicher Anstand sich ergeben dürfte, da die Staatsgarantie für Verzinsung zum voraus gesetzlich feststeht.

Frankfurt, 17. Juni. Das Ansehen der Stadt Mannheim zum Bau der Mannheim-Karlsruher Eisenbahn hat einen solch glänzenden Erfolg gehabt, daß bereits 2 Proz. Agio auf die Unterschriften bezahlt worden sind. Weitauß der größte Theil der Liebhaber konnte nicht mehr zur Betheiligung zugelassen werden.

London, 16. Juni. Bei dem diesjährigen großen Händelfest im Krystallpallast zu Sydenham wirkten 4000 Sänger und Instrumentalisten zusammen, und das Auditorium bestand aus 19,000 Menschen. Lange vor zwei Uhr waren die Sitzreihen von einem höchst eleganten Publikum gefüllt. Im Vordergrund des amphitheatralisch aufsteigende Riesenorchesters; vor dem Orchester, seiner ganzen Breite nach, grüne Sträucher und duftende Blumen, von denen sich Händel's kolossale Marmorbüste abhob; daran das Parterre der Zuschauer, buntfarbig durch glänzende Frauenschönheiten und Toiletten, und im Hintergrund, den Raum abschließend, abermals ein grüner Wald von Sträuchern und Blumen, über welchem die dreigetheilte Königl. Loge in rother, weißer und blauer Ausschmückung angebracht war.

Mit dem Glockenschlag zwei erschienen die Solisten auf ihren Plätzen: die Damen Tizens, Sainton-Dolby und Rubensdorff, die Hrn. Cantley, Ciniis Reeves, Gummings und Joli; ihnen folgte später der Dirigent, Hr. Costa, der mit einem noch größeren Beifallssturm, als die vor ihm eingetretenen Solisten, vom Orchester und Publikum begrüßt wurde. Als Einleitung zum Fest wurde die Nationalhymne gesungen, die erste Strophe von den Sopranen, denen in der zweiten die Altstimmen antworteten, worauf die dritte von dem gesammten Chor und sämmtlichen Instrumenten ausgeführt wurde. Der Eindruck war ein gewaltiger, nimmer zu beschreibender, und zwar nicht — wie sich die Reichen wohl vorstellen dürften — durch die überwältigende Stärke der Tonmassen, sondern mehr durch ihre Fülle und Harmonie. Denn der Raum des Mittelraumes ist so groß, und die Verwendung der dem Dirigenten zu Gebot stehenden Tonmassen eine so mächtige von seiner Seite, daß das Ohr selbst bei den Fortissimi nicht unangenehm berührt wird. Ja, man kann wohl sagen, daß die Instrumente, obwohl über 400 an der Zahl, selbst beim stärksten Zueinandergeräuschen, weniger in den Vordergrund traten, als dies bei kleineren Orchestern in minder ausgedehnten Räumen der Fall ist. Nur wenn die Riesenorgel und alle Chöre mit voller Kraft zusammenwirkten, entwidelt sich jene großartige, zuweilen geradezu überschwengliche Fülle des Tons, durch welche die Massenzonerte des Krystallpallastes sich vor allen anderen Jahresfesten auszeichnet. Diese Momente und der Anblick, den das elegante Auditorium im herrlich geschmückten Saale gewährt, sind es, welche den Hauptreiz des Festes ausmachen; denn was Parteilichkeit der Darstellung und Feinheit der Akkordirungen betrifft, so werden diese Konstruktionsleistungen von andern, in kleinerem Maßstab angelegten vielfach übertroffen. In die Einzelheiten der Aufführung gehen wir nicht ein; doch mag bemerkt werden, daß Fachmänner wie Laien ihr Erstaunen nicht verhehlen können, daß es möglich war, so gewaltige Klangmassen mit solcher Präzision zu leiten.

Nachdem die Aufführung des „Messias“, die über drei Stunden in Anspruch nahm, zu Ende war, zerstreuten sich die Zuhörermassen in den Erfrischungsräumen und Parkanlagen, die in voller Blumen- und Sonnenpracht strahlten. Die großen Terrassen, auf denen alle Fontänen spielten, waren noch bis spät am Abend von Spaziergängern belebt, und die ferne Aussicht hatte sich längst in Dunkelheit gehüllt, als die letzten Eisenbahnzüge von Sydenham nach der Hauptstadt zurückdampften.

Für morgen, wo eine Auswahl Händel'scher Kompositionen zur Ausführung kommt, sind längst die meisten Plätze vergriffen; das Fest schließt am Freitag mit der Aufführung des „Israel in Egypten“.

Southampton, 15. Juni. Das Post-Dampfschiff des Nordb. Lloyd „Bremen“, Kapl. H. F. Keynaber, welches am 4. Juni von New-York abgegangen war, ist heute 4 Uhr Nachmittags nach einer Reise von 10 Tagen wohlbehalten unweit Gower's eingetroffen und hat um 6 Uhr die Reise nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt außer der Post 121 Passagiere und volle Ladung.

Southampton, 16. Juni. Das Post-Dampfschiff des Nordb. Lloyd „Baltimore“, Kapl. W. Böcker, welches am 1. Juni von Baltimore abgegangen war, ist heute 4 Uhr Morgens wohlbehalten unweit Gower's eingetroffen und hat um 6 Uhr die Reise nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt 115 Passagiere und volle Ladung.

Frankfurt, 18. Juni. 2 Uhr 33 Min. Nachm. Dester. Kreditaktien 200 1/2, Staatsbahn-Aktien 262 1/2, National 63 1/2, Steuerfreie 51 1/2, 1860r Loose 73 1/2, Dester. Valuta 102 1/2, 4 Proz. bad. Loose 98 1/2, Amerikaner 77 1/2, Geld 140 1/2, 113 1/2.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

17. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 0,22"	+ 17,5	N.O.	rein	heiter, Thau, mild
Mittags 2 "	27° 11,79"	+ 23,5	"	schw. bew.	Sonnensch, heiß
Nachts 9 "	11,80"	+ 18,5	"	"	heiter, mild

Berantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Koenlein.

Liebhaber einer wirklich feinen und dabei billigen Havana-Cigarre wollen das Inerat der Firma A. Friedrich, Leipzig, im Insertionsheil dieses Blattes befragen. Solide Bedienung Prinzip.

